

Antrag der AG Haushalt
der Fraktionen CDU/CSU und SPD
vom 08.11.2016

Haushaltsausschuss
Arbeitsunterlage für die
Sitzung am 10.11.2016
TOP 15

Haushaltsausschuss
18. Wahlperiode
Ausschuss-
drucksache: **4021**

Deckblatt

zum Einzelplan 30

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Kap. (Tgr.) Tit. - Fkt. (S. RegE 2017)	Zweckbestimmung	Bisheriger Betrag für 2017	Für 2017 treten hinzu	Neuer Betrag für 2017
1	2	1 000 €	1 000 €	1 000 €
		3	4	5

3003

(Tgr.10)

685 10	Sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung	91 724 *)	+ 6 000	97 724
- 165				
(34)				

Verpflichtungsermächtigung	86 500	+ 61 000	147 500
davon fällig:			
im Haushaltsjahr 2018 bis zu	20 000	+ 8 000	28 000
im Haushaltsjahr 2019 bis zu	30 000	+ 10 000	40 000
im Haushaltsjahr 2020 bis zu	26 000	+ 13 000	39 000
im Haushaltsjahr 2021 bis zu	6 000	+ 15 000	21 000
im Haushaltsjahr 2022 bis zu	4 500	+ 15 000	19 500

Bemerkungen:

5 000 T€ und 25 000 T€ Verpflichtungsermächtigungen (VEs) für die Einrichtung eines Forschungsverbundes zum Thema „SED-Unrecht“ mit dem Ziel für die zeitgeschichtliche Forschung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine neue Struktur zu schaffen (mit dem Fokus die Wirkungsweise der SED in die Gesellschaft über einen breiten Forschungsansatz zu untersuchen). Für den Ausbau des Forschungsverbundes in den Folgejahren werden VEs in Höhe von 5 000 T€ pro Folgejahr veranschlagt.

Gründung eines „Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ an einer sächsischen Universität mit dem Ziel die Einwanderungs- und Integrationspolitik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, zivilgesellschaftlichem Engagement und politisch-administrativer Praxis mit besonderer Aufmerksamkeit auf die Ankunfts-gesellschaft zu erforschen. Der Aufbau wird im Wege der Projektförderung im Jahr 2017 mit 1 000 T€ Euro gefördert. Der Ausbau des Instituts in den Folgejahren wird mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2018: 3 000 T€, 2019: 5.000 T€, 2020: 8 000 T€, 2021 und 2022: je 10 000 veranschlagt.

*) In der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses vom 29. September 2016.